

Sehr geehrte Frau Präsidentin Köster, Sehr geehrte Damen und Herren im Präsidium, Verehrter Herr Landrat und Beigeordnete, Meine Damen und Herren Kollegen des Kreistages, verehrte Gäste und Mitarbeiter des Landkreises

- Werden die LINKEN dem HH zustimmen? - Wie werden Sie sich in der Abstimmung zum HH verhalten? Diese Frage wurde mir und meinen Fraktionskollegen in den letzten Wochen vielfach gestellt und hat unsere Fraktion sehr bewegt. Leicht wird uns diese Entscheidung, die jeder für sich heute trifft, nicht fallen. In zwei Sitzungen und vielen Gesprächen wurde intensiv diskutiert, nach Entscheidungslösungen gesucht. Wie in jeder Haushaltsdebatte stehen wir wieder einmal vor einer sehr schwierigen Entscheidung. Wir sollen einen Haushalt beschließen für den Großkreis Vorpommern-Rügen; der uns ja nur Besseres bringen sollte; wie: · bessere Auslastung der Ressourcen, · Einsparung wurden in Aussicht gestellt, · eine bessere Schlagkraft · auch für die Kommunen des LKrs. sollte es besser werden. · Das kommunale Jobcenter in eigener Regie sollte neben der besseren Betreuung und Vermittlung der Langzeitarbeitslosen, auch finanzielle Einsparungen bringen. Im Wahlkampf der Landräte wurde durch sie, verehrter Landrat Herr Drescher, u.a. auch mit einer wesentlich niedrigeren Kreisumlage, besonders auf Rügen geworben. (Nachzulesen auf der Homepage der CDU.) Das, dies alles noch in weite Ferne gerückt ist, was damals bei der Beschlussfassung der Kreisgebietsreform versprochen wurde, zeigt der vor uns liegende Haushalt und auch die perspektivische Planung bis 2015. Sie können uns glauben, wir haben uns in der Fraktion gerade darum sehr intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und ihn diskutiert. Die Schuld an dem Defizit sehen wir nicht im Eigenverschulden, sondern in erster Linie an den Mehrkosten durch die Kreisgebietsreform, welche die Funktionalität völlig unberücksichtigt ließ. Für die neu zu bewältigende Aufgabenfülle mangelt es dem Kreis an einer entsprechenden Finanzausstattung, da helfen auch die 100 Mill. Euro; auch noch auf drei Jahre verteilt, überhaupt nicht. Wir erkennen den großen Fleiß und die Akribie von unserer Finanzerin Frau Rzepczak und ihren Mitstreitern an und danken ihnen herzlich für ihren Fleiß, trotz enger Personalstruktur. Doch zaubern können sie auch nicht und den Goldesel gibt es nur im Märchen. Der uns vorliegende Haushalt ist defizitär und zwar in allen Teilhaushalten. Daran ist nicht die eingeführte Doppik schuld, wie man vielfach von Kommunalpolitikern/ innen hört, aber sie führt uns die Problematik deutlich vor Augen. Die eigentlichen Ursachen liegen doch ganz woanders. Neben den „seltsamerweise und völlig überraschend“ höheren als von Innenministerium und anderen Befürwortern vorhergesagten Kosten der Landkreisneuordnung und den in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen wie: - Aufbau einer neuen Kreisverwaltung im Heydemannring in Stralsund, der von uns mitgetragen wurde. - Ausgleichszahlungen an die Hansestadt - der Aufbau des kommunalen Jobcenters im ganzen Landkreis - Abwicklung von kreislichen Einrichtung in RDG, GMN und Bergen nebst Umzügen ist es vor allem die noch wenig konform mit der Kommunal- und Landesverfassung gehende Finanzausstattung durch das Land MV (§ 91 KV, Artikel 73 LV) zu erwähnen welche die Miesere verursacht. Eine Überarbeitung und Neuordnung des FAG ist wohl langsam mehr als fällig, statt gängelnder, beifallheischer Notpakete wie die 100 Mio Euro für die Kommunen des ganzen Landes. Unserer Auffassung nach machen die Verantwortlichen unseres LK viel zu wenig Druck, verlassen sich auf

Zusagen und Versprechungen. Nicht anders, war für mich die Ablehnung unseres Appells zur besseren Finanzausstattung in der KT-Sitzung im Dezember durch die Mehrheit dieses KT, zu verstehen. Was machen wir, wenn wir diesem Haushalt zustimmen? Wir belasten die Kommunen, Städte und Gemeinden, die fast alle ihre Leistungsgrenze erreicht haben. Und damit es besser aussieht wird, wie auf dem Basar die Kreisumlage erst einmal mit 48% angesetzt, um dann wie der Weihnachtsmann 1% abzusenken und mit 47% von einer Senkung der Erhöhung sprechen zu können. Eine Vorgehensweise, die mir aus dem LK NVP schon bekannt ist. Oder war es vielleicht diesmal die Tatsache, dass unser, in Fragen Finanzen wahrlich noch weniger zu beneidender Nachbarkreis VG vom Land eben jene 47% vorgeschrieben bekam, die dort beschlossen wurden. Die vorgesehene Gegenfinanzierung in unserem HH durch Kürzungen, von den in den Fachausschüssen durch uns Kreistagsmitglieder beschlossenen, wenigen überhaupt noch möglichen freiwilligen Leistungen, kratzt doch arg an unseren Vorstellungen vom demokratischem Mitspracherecht und ich glaube, aller hier im Saal sitzenden gewählten KT-Mitgliedern. Die Finanzerin des Landkreises Frau Rzepeschak sprach in der Arbeitsgruppe des HFA und in unserer Fraktion von 0,77 % des Haushaltvolumens, welche nicht auf Pflichtaufgaben zugeordnet sind. Nur 0,77% können wir also überhaupt beeinflussen. Wie sich in der jetzigen überarbeiteten Vorlage, die nicht im HH- u. Finanzausschuss besprochen wurde, zeigt - ist selbst das wohl eher eine theoretische Annahme und wir nähern uns immer mehr einer Diktatur des Geldes, in dem die gewählten Vertreter nichts mehr zu sagen haben, bzw. nur zur Abstimmung benötigt werden, was die Verwaltung erarbeitete, um eine Scheindemokratie zu wahren. Wir haben uns die Debatte um den Kreishaushalt nicht einfach gemacht, haben unsere Positionen in den verschiedenen Ausschüssen auf den Prüfstand gestellt und überlegt, wie die Erwartungen der Wählerinnen und Wähler an uns alle sind. Es gab Überlegungen, ob wir uns dieser Beschlussfassung des Haushaltes generell verweigern sollten, um ein Zeichen an Land und Bund zu setzen, dass wir diese Farce nicht mitmachen wollen: · weil der Spielraum für echte Mitsprache des Kreistages nicht gegeben ist · weil die kommunale Familie durch Land und Bund ernst genommen werden muss · weil die Politikunfähigkeit und Nichtbereitschaft mitzuwirken durch diese Ohnmacht immer größer wird Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass dieses Signal nur funktioniert, wenn das der ganze Kreistag mittragen würde und so werden die Mitglieder der Fraktion dem Haushalt mehrheitlich nicht ihre Zustimmung geben können: Ein Knackpunkt, diesem Haushalt nicht zustimmen zu können, ist die massive Erhöhung der Kreisumlage, daran ändert auch die Reduzierung der Erhöhung um 1% nichts. Wir wollen als Fraktion den Kommunen unseres Kreises nicht den Saft abdrehen, wir wollen dass die wenigen freiwilligen Leistungen nicht gestrichen werden müssen. Wir wollen In Bildung und Daseinsvorsorge der Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger investieren, weil wir nicht wollen, dass immer mehr Menschen unsere Region verlassen. Nur vom Tourismus alleine können wir nicht leben. Wir können auch nicht immer auf Wahlkampfgeschenke rechnen, sondern wir müssen uns über Parteigrenzen und -hörigkeit hinweg für eine vernünftige u. notwendige Finanzausstattung stark machen. Dann und nur dann, können auch wir einem Haushalt vorbehaltlos zustimmen.

